

TE Lvwg Erkenntnis 2022/7/7 LVwG-2022/31/1212-3 und -1213-3

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 07.07.2022

Entscheidungsdatum

07.07.2022

Index

90/01 Straßenverkehrsrecht

90/02 Führerscheingesetz

Norm

StVO 1960 §5 Abs5

StVO 1960 §5 Abs9

FSG 1997 §26 Abs2 Z1

1. StVO 1960 § 5 heute
 2. StVO 1960 § 5 gültig ab 24.04.2026 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 17/2026
 3. StVO 1960 § 5 gültig von 14.01.2017 bis 23.04.2026 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2017
 4. StVO 1960 § 5 gültig von 01.09.2012 bis 13.01.2017 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 50/2012
 5. StVO 1960 § 5 gültig von 01.07.2005 bis 31.08.2012 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/2005
 6. StVO 1960 § 5 gültig von 01.01.2003 bis 30.06.2005 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2002
 7. StVO 1960 § 5 gültig von 25.05.2002 bis 31.12.2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 80/2002
 8. StVO 1960 § 5 gültig von 22.07.1998 bis 24.05.2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 92/1998
 9. StVO 1960 § 5 gültig von 06.01.1998 bis 21.07.1998 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/1998
 10. StVO 1960 § 5 gültig von 01.10.1994 bis 05.01.1998 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1994
 11. StVO 1960 § 5 gültig von 25.04.1991 bis 30.09.1994 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 207/1991
 12. StVO 1960 § 5 gültig von 01.05.1986 bis 24.04.1991 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1986
-
1. StVO 1960 § 5 heute
 2. StVO 1960 § 5 gültig ab 24.04.2026 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 17/2026
 3. StVO 1960 § 5 gültig von 14.01.2017 bis 23.04.2026 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 6/2017
 4. StVO 1960 § 5 gültig von 01.09.2012 bis 13.01.2017 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 50/2012
 5. StVO 1960 § 5 gültig von 01.07.2005 bis 31.08.2012 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 52/2005
 6. StVO 1960 § 5 gültig von 01.01.2003 bis 30.06.2005 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 128/2002
 7. StVO 1960 § 5 gültig von 25.05.2002 bis 31.12.2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 80/2002
 8. StVO 1960 § 5 gültig von 22.07.1998 bis 24.05.2002 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 92/1998
 9. StVO 1960 § 5 gültig von 06.01.1998 bis 21.07.1998 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/1998
 10. StVO 1960 § 5 gültig von 01.10.1994 bis 05.01.1998 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1994

11. StVO 1960 § 5 gültig von 25.04.1991 bis 30.09.1994 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 207/1991
12. StVO 1960 § 5 gültig von 01.05.1986 bis 24.04.1991 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1986

Text

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Tirol erkennt durch seinen Richter Mag. Hengl über die Beschwerde der AA, Adresse 1, **** Z, vertreten durch BB Rechtsanwälte GmbH, Adresse 2, **** Y, gegen

?

das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft X vom 1.4.2022, ZI ***, betreffend eine Verwaltungsübertretung im Straßenverkehr, sowie das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn vom 1.4.2022, ZI ***, betreffend eine Verwaltungsübertretung im Straßenverkehr, sowie

?

den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft X vom 1.4.2022, ZI ***, wegen Entziehung der Lenkberechtigungen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn vom 1.4.2022, ZI ***, wegen Entziehung der Lenkberechtigung, nach Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verhandlung,

zu Recht:

A) Beschwerde gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft X A) Beschwerde gegen das Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn

vom 1.4.2022, ZI *** (LVwG-2022/31/1212):

1.

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

2.

Die Beschwerdeführerin hat einen Beitrag zu den Kosten des Beschwerdeverfahrens in der Höhe von Euro 320,-- zu leisten.

3.

Der Spruch des angefochtenen Straferkenntnisses wird insofern verbessert, als die Übertretungsnorm (§ 44a Z 2 VStG) „§ 5 Abs 5 und Abs 9 StVO, BGBl Nr 159/1960 idF BGBl I Nr 6/2017“ und die Strafnorm (§ 44a Z 3 VStG) „§ 99 Abs 1 lit b StVO, BGBl Nr 159/1960 idF BGBl I Nr 154/2021“ zu lauten hat. Der Spruch des angefochtenen Straferkenntnisses wird insofern verbessert, als die Übertretungsnorm (Paragraph 44 a, Ziffer 2, VStG) „§ 5 Absatz 5 und Absatz 9, StVO, Bundesgesetzblatt Nr 159 aus 1960, in der Fassung BGBl römisch eins Nr 6/2017“ und die Strafnorm (Paragraph 44 a, Ziffer 3, VStG) „§ 99 Absatz eins, Litera b, StVO, Bundesgesetzblatt Nr 159 aus 1960, in der Fassung BGBl römisch eins Nr 154/2021“ zu lauten hat.

4.

Die ordentliche Revision ist gemäß Art 133 Abs 4 B-VG nicht zulässig. Die ordentliche Revision ist gemäß Artikel 133, Absatz 4, B-VG nicht zulässig.

B) Beschwerde gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft X B) Beschwerde gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn

vom 1.4.2022, ZI *** (LVwG-2022/31/1213):

1. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

2. Die ordentliche Revision ist gemäß Art 133 Abs 4 B-VG nicht zulässig. 2. Die ordentliche Revision ist gemäß Artikel 133, Absatz 4, B-VG nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

A) Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft X vom 1.4.2022, ZI ***, wegen einer Übertretung nach der StVO (LVwG-2022/31/1212): A) Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn vom 1.4.2022, ZI ***, wegen einer Übertretung nach der StVO (LVwG-2022/31/1212):

I.römisch eins.

Verfahrensgang:

Mit dem angefochtenen Straferkenntnis wurde der Beschwerdeführerin zur Last gelegt wie folgt:

„1. Datum/Zeit: 01.02.2022, 15:53 Uhr

Ort: **** Z, Adresse 3, auf Höhe des Gasthofs"CC".

Betroffenes Fahrzeug: PKW, Kennzeichen: *** (A)

Sie haben sich am 01.02.2022 um 15:53 in ****Z, Adresse 3 nach Aufforderung eines besonders geschulten Organes der Bundespolizei geweigert, sich zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen, wobei vermutet werden konnte, dass Sie am 01.02.2022 gegen 15:48 Uhr im Gemeindegebiet von Z auf der B***Adresse 4 Strkm **, talauswärts das angeführte Fahrzeug in einem vermutlich durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand gelenkt haben.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschrift(en) verletzt:

1. § 99 Abs. 1 lit b i.V.m. § 5 Abs. 5 1. Satz und Abs. 9 StVO, BGBl 159/1960 i.d.g.F.1. Paragraph 99, Absatz eins, Litera b, in Verbindung mit Paragraph 5, Absatz 5, 1. Satz und Absatz 9, StVO, Bundesgesetzblatt 159 aus 1960, i.d.g.F.

Wegen dieser Verwaltungsübertretung(en) wird (werden) über Sie folgende Strafe(n) verhängt:

Geldstrafe von

falls diese uneinbringlich ist, Ersatzfreiheitsstrafe von

Freiheitsstrafe von

Gemäß

1. €1.600,00

14 Tage(n) 0 Stunde(n) 0 Minute(n)

§ 99 Abs. 1 StVO, BGBl 159/1960 i.d.g.F."Paragraph 99, Absatz eins, StVO, Bundesgesetzblatt 159 aus 1960, i.d.g.F"

Weiters wurde ein anteiliger Beitrag zu den Verfahrenskosten der belangten Behörde festgesetzt.

In der fristgerecht dagegen erhobenen Beschwerde brachte AA durch ihre ausgewiesene Rechtsvertretung vor, dass die Probandin zunächst negativ auf Alkohol getestet und dann hinsichtlich des Konsums von Drogen befragt worden sei, was diese verneint habe. Eine Abfrage vor Ort habe das Gegenteil bewiesen, was abgefragt worden sei, sei im Verborgenen geblieben.

Voraussetzung für eine ärztliche Untersuchung auf Drogen sei der Verdacht einer körperlichen Beeinträchtigung. Ein Speicheltest zur Erhärtung eines solchen Verdachts sei aber keiner durchgeführt worden. Bei der Probandin lagen keinerlei Symptome einer Beeinträchtigung vor. Die Beurteilung der einschreitenden Beamten sei nicht nachvollziehbar. Die Checkliste sei nur teilweise abgearbeitet und seien angekreuzte Felder teils unrichtig ausgefüllt worden, etwa betreffend Alkoholvortest und seien nicht aussagekräftig.

Die Beeinträchtigung durch Suchtgift müsse ein solches Ausmaß erreichen, dass der Fahrzeuglenker nicht in der Lage sei, das Fahrzeug zu beherrschen und die Verkehrsregeln zu beachten. Von einem derartigen Zustand sei die Beschuldigte weit entfernt gewesen.

Das in der Checkliste angekreuzte „widersprüchliche Reden“ stelle defacto keinen Widerspruch dar, da die Beschuldigte wahrheitsgemäß angegeben habe, keine Drogen zu nehmen, was durch einen Test einen Tag später auch nachgewiesen worden sei. Es seien keine motorischen Tests durchgeführt worden, um die Vermutung zu begründen. Das festgestellte Augenzucken und die wässrigen Augen würden dafür nicht ausreichen.

Der Verdacht der Fahruntauglichkeit werde nur auf „widersprüchliche Angaben“ und „festgestellten Symptome“ gestützt, wobei beide Tatbestände jedoch nicht vorgelegen haben. Ein Angebot dahingehend, den Urintest in einem Gastronomiebetrieb oder im Altersheim abzugeben, sei von den Polizisten nicht gemacht worden. Die Probandin habe vorgeschlagen, den Urintest beim Arzt in Z abzugeben, es sei ihr aber mitgeteilt worden, dass sie diesen beim Amtsarzt

in X durchführen müsse. Dies habe sie verweigert, weil sie nicht eingesehen habe, extra nach X gebracht zu werden, um dort einen Urintest zu machen. Auch sei keine Belehrung über die Rechtsfolgen einer Verweigerung vorgenommen worden. Der Verdacht der Fahruntauglichkeit werde nur auf „widersprüchliche Angaben“ und „festgestellten Symptome“ gestützt, wobei beide Tatbestände jedoch nicht vorgelegen haben. Ein Angebot dahingehend, den Urintest in einem Gastronomiebetrieb oder im Altersheim abzugeben, sei von den Polizisten nicht gemacht worden. Die Probandin habe vorgeschlagen, den Urintest beim Arzt in Z abzugeben, es sei ihr aber mitgeteilt worden, dass sie diesen beim Amtsarzt in römisch zehn durchführen müsse. Dies habe sie verweigert, weil sie nicht eingesehen habe, extra nach römisch zehn gebracht zu werden, um dort einen Urintest zu machen. Auch sei keine Belehrung über die Rechtsfolgen einer Verweigerung vorgenommen worden.

Die Probandin hatte keinerlei Veranlassung, die Überprüfung auf Drogen zu verweigern, weil sie nachweislich keine Drogen genommen habe. Dies hat der tags darauf vorgenommene Test ohne jeden Zweifel ergeben.

Abschließend wurde in diesem Rechtsmittel beantragt, eine mündliche Verhandlung durchzuführen und hiernach der Beschwerde Folge zu geben und das Verwaltungsstrafverfahren einzustellen.

Beweis wurde aufgenommen durch Einsichtnahme in den Strafakt der Bezirkshauptmannschaft X zu Zahl *** sowie den Entziehungsakt der belangten Behörde zu Zahl ***. Beweis wurde aufgenommen durch Einsichtnahme in den Strafakt der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn zu Zahl *** sowie den Entziehungsakt der belangten Behörde zu Zahl ***.

Am 5.7.2022 wurde eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt, in deren Rahmen die Beschwerdeführerin sowie der Meldungsleger Insp. DD und der Zeuge GI EE, beide PI W, einvernommen wurden.

II.römisch zwei.

Sachverhalt und Beweiswürdigung:

Aufgrund des durchgeführten Beweisverfahrens steht der von der belangten Behörde angenommene und dem angefochtenen Straferkenntnis zugrunde gelegte Sachverhalt nach Maßgabe der nunmehr erfolgten Spruchkorrektur als erwiesen fest:

Demnach lenkte die Beschwerdeführerin am 1.2.2022 gegen 15:48 Uhr das Kraftfahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen *** auf der B *** Adresse 4 bei Straßenkilometer ** im Gemeindegebiet von Z talauswärts in einem vermutlich durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand und hat sich hiernach am 1.2.2022 um 15:53 Uhr in Adresse 3 auf Höhe des Gasthofs „CC“ nach Aufforderung durch ein besonders geschultes Organ der Bundespolizei geweigert, sich zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen.

Von Seiten der Beschwerdeführerin wird dieser Sachverhalt insofern bestritten, als sie zwar einräumte, das Fahrzeug zum tatgegenständlichen Zeitpunkt gelenkt zu haben, sich dabei jedoch nicht in durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand befunden habe.

Dieses Vorbringen erweist sich vor dem Hintergrund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens als nicht zielführend:

Von Seiten der die Amtshandlung durchführenden Polizisten Insp. DD und GI EE, beide PI W, konnte im Zuge der durchgeführten Verhandlung vom 5.7.2022 in allen wesentlichen Punkten übereinstimmend, schlüssig und widerspruchsfrei dargelegt werden, dass die angehaltene Beschwerdeführerin zunächst jeglichen bisherigen Kontakt mit Drogen generell und in weiterer Folge auch im Vorfeld der gegenständlichen Anhaltung in Abrede gestellt hat.

Nachdem sich jedoch im Zuge einer polizeilichen Abfrage ergeben hat, dass die Probandin in einem Verfahren nach dem Suchtmittelgesetz schon einmal als Beschuldigte geführt wurde, erklärte sich AA mit weiteren Test einverstanden und konnte sodann seitens des Meldungslegers Insp. DD, der als ehemaliger Rettungssanitäter nicht nur eine langjährige Erfahrung im Zusammenhang mit der Einnahme von Suchtgiften aufweist, sondern darüber hinaus im Rahmen seiner nunmehrigen Funktion als Exekutivorgan auch hinsichtlich des Problemkreises Suchtmittel im Straßenverkehr eingehend geschult wurde, eine Erhebung der Pupillen und deren Reaktion erfolgen.

Dabei konnte anlässlich der mündlichen Verhandlung seitens des Meldungslegers schlüssig dargelegt werden, dass eine Kontrolle der Augen mittels dem Pupillenleuchter ergab, dass die Pupillenreaktion auf das Licht träge und verzögert und die Pupillen aus Sicht des ehemaligen Rettungssanitäters verengt waren, was als mögliche Symptome

einer Beeinträchtigung durch Suchtgift und in der Checkliste im Zusammenhang mit der Beschreibung der Augen als „wässrig/glänzend“ als deutlicher Nystagmus qualifiziert wurde.

Darüber hinaus steht fest, dass die Beschwerdeführerin einen daraufhin seitens des Meldungslegers vorgeschlagenen freiwilligen Harntest, der entweder im Toilettenbereich eines nahegelegenen Gastronomiebetriebes, dem Toilettenbereich eines Altersheimes, einem öffentlichen WC oder auf der PI W hätte stattfinden sollen, nicht nachkam und dessen Durchführung ablehnte. Vor dem Hintergrund, dass sich somit hinreichende Symptome einer möglichen Suchtgiftbeeinträchtigung ergeben habe und die Probandin nicht bereit war, sich einer freiwilligen Harnprobe zu unterziehen, war daher aus Sicht des Meldungslegers eine hinreichende Verdachtslage im Sinn des § 5 Abs 9 StVO gegeben und ging damit die Verpflichtung der Beschwerdeführerin einher, sich hinsichtlich einer allfälligen Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen. Darüber hinaus steht fest, dass die Beschwerdeführerin einen daraufhin seitens des Meldungslegers vorgeschlagenen freiwilligen Harntest, der entweder im Toilettenbereich eines nahegelegenen Gastronomiebetriebes, dem Toilettenbereich eines Altersheimes, einem öffentlichen WC oder auf der PI W hätte stattfinden sollen, nicht nachkam und dessen Durchführung ablehnte. Vor dem Hintergrund, dass sich somit hinreichende Symptome einer möglichen Suchtgiftbeeinträchtigung ergeben habe und die Probandin nicht bereit war, sich einer freiwilligen Harnprobe zu unterziehen, war daher aus Sicht des Meldungslegers eine hinreichende Verdachtslage im Sinn des Paragraph 5, Absatz 9, StVO gegeben und ging damit die Verpflichtung der Beschwerdeführerin einher, sich hinsichtlich einer allfälligen Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen.

Wenn die Beschwerdeführerin vorbringt, dass sie lediglich nicht bereit gewesen sei, vor Ort unter Sicht der Polizeibeamten eine Harnprobe abzugeben, so ist darauf hinzuweisen, dass davon nie die Rede war und der Beschwerdeführerin seitens der amts handelnden Polizisten mehrere Alternativen zur diskreten Abgabe ihres Harnes unter Wahrung ihrer Intimsphäre abzugeben. Ihr Vorbringen, wonach sie sich zur Abgabe des Harns beim im Z praktizierenden Arzt FF bereiterklärt hätte, war als reine Schutzbehauptung zu werten, zumal beide Polizeibeamten übereinstimmend angaben, dass sie von der Beschwerdeführerin keinen diesbezüglichen Vorschlag vernommen hätten und sie einem solchen Vorschlag ohnedies auch nachgekommen wären.

Die Beschwerdeführerin war vielmehr rationalen Argumenten und den mehrmaligen eingehenden Belehrungen beider Polizisten über die Rechtsfolgen der Nichtdurchführung des freiwilligen Harntests einerseits und der hiernach entstehenden Obliegenheit zur Verbringung zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt andererseits völlig verschlossen und vermeinte, dass sie ein am nächsten Tag durchgeführter Harntest, der keine psychoaktiven Substanzen nachweise, in die Lage versetzt, ihren vorläufig bereits abgenommenen Führerschein wiederzuerlangen.

Diesbezüglich ist die Beschwerdeführerin darauf zu verweisen, dass die Intention des § 5 Abs 5 und Abs 9 StVO gerade darin besteht, bei Lenkern, die verdächtig sind, in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand ein Fahrzeug gelenkt haben, eine zeitnahe Überprüfung auf Suchtmittel durchzuführen. Da derartige Substanzen – je nach Art und Umfang des eingenommenen Suchtmittels - mitunter nur wenige Stunden nachweisbar sind, kann es nicht der Disposition des Probanden obliegen, derartige Tests, die zudem nicht von einer im Sinn des § 5 Abs 5 StVO zertifizierten Stelle vorgenommen wurden, die mehr als 15 Stunden nach dem Lenkzeitpunkt erfolgten, nachträglich schuld- und strafbefreiend in Vorlage zu bringen. Auch hätte eine allfällige Fehleinschätzung durch die Polizisten eben durch einen freiwilligen Harntest oder stattdessen durch eine ärztliche Untersuchung hintangehalten werden können. Diesbezüglich ist die Beschwerdeführerin darauf zu verweisen, dass die Intention des Paragraph 5, Absatz 5, und Absatz 9, StVO gerade darin besteht, bei Lenkern, die verdächtig sind, in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand ein Fahrzeug gelenkt haben, eine zeitnahe Überprüfung auf Suchtmittel durchzuführen. Da derartige Substanzen – je nach Art und Umfang des eingenommenen Suchtmittels - mitunter nur wenige Stunden nachweisbar sind, kann es nicht der Disposition des Probanden obliegen, derartige Tests, die zudem nicht von einer im Sinn des Paragraph 5, Absatz 5, StVO zertifizierten Stelle vorgenommen wurden, die mehr als 15 Stunden nach dem Lenkzeitpunkt erfolgten, nachträglich schuld- und strafbefreiend in Vorlage zu bringen. Auch hätte eine allfällige Fehleinschätzung durch die Polizisten eben durch einen freiwilligen Harntest oder stattdessen durch eine ärztliche Untersuchung hintangehalten werden können.

III. römisch drei.

Rechtliche Grundlagen:

Die entscheidungswesentlichen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960, idFBGBl I Nr 6/2017 (§ 5) und BGBl I Nr 154/2021 (§ 99) lauten wie folgt: Die entscheidungswesentlichen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 6 aus 2017, (Paragraph 5,) und Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 154 aus 2021, (Paragraph 99,) lauten wie folgt:

§ 5 Paragraph 5

„Besondere Sicherungsmaßnahmen gegen Beeinträchtigung durch Alkohol

...

(5) Die Organe der Straßenaufsicht sind weiters berechtigt, Personen, von denen vermutet werden kann, dass sie sich in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand befinden, zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Alkohol zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden, bei einer Landespolizeidirektion tätigen, bei einer öffentlichen Krankenanstalt diensthabenden oder im Sinne des § 5a Abs. 4 ausgebildeten und von der Landesregierung hierzu ermächtigten Arzt zu bringen, sofern eine Untersuchung gemäß Abs. 2 (5) Die Organe der Straßenaufsicht sind weiters berechtigt, Personen, von denen vermutet werden kann, dass sie sich in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand befinden, zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Alkohol zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden, bei einer Landespolizeidirektion tätigen, bei einer öffentlichen Krankenanstalt diensthabenden oder im Sinne des Paragraph 5 a, Absatz 4, ausgebildeten und von der Landesregierung hierzu ermächtigten Arzt zu bringen, sofern eine Untersuchung gemäß Absatz 2

1. 1. Ziffer eins

keinen den gesetzlichen Grenzwert gemäß Abs. 1 erreichenden Alkoholgehalt ergeben hat oder keinen den gesetzlichen Grenzwert gemäß Absatz eins, erreichenden Alkoholgehalt ergeben hat oder

2. 2. Ziffer 2

aus in der Person des Probanden gelegenen Gründen nicht möglich war.

Wer zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Alkohol zu einem Arzt gebracht wird, hat sich einer Untersuchung durch diesen zu unterziehen; die genannten Ärzte sind verpflichtet, die Untersuchung durchzuführen.

...

(9) Die Bestimmungen des Abs. 5 gelten auch für Personen, von denen vermutet werden kann, daß sie sich in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand befinden; wer zum Arzt gebracht wird, hat sich der Untersuchung zu unterziehen. Die in Abs. 5 genannten Ärzte sind verpflichtet, die Untersuchung durchzuführen. (9) Die Bestimmungen des Absatz 5, gelten auch für Personen, von denen vermutet werden kann, daß sie sich in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand befinden; wer zum Arzt gebracht wird, hat sich der Untersuchung zu unterziehen. Die in Absatz 5, genannten Ärzte sind verpflichtet, die Untersuchung durchzuführen.

...“

§ 99 Paragraph 99, „Strafbestimmungen

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe von 1600 Euro bis 5900 Euro, im Fall ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Wochen, zu bestrafen,

1. a) Litera a

wer ein Fahrzeug lenkt oder in Betrieb nimmt, obwohl der Alkoholgehalt seines Blutes 1,6 g/l (1,6 Promille) oder mehr oder der Alkoholgehalt seiner Atemluft 0,8 mg/l oder mehr beträgt,

2. b) Litera b

wer sich bei Vorliegen der in § 5 bezeichneten Voraussetzungen weigert, seine Atemluft auf Alkoholgehalt untersuchen oder sich vorführen zu lassen, oder sich bei Vorliegen der bezeichneten Voraussetzungen nicht der ärztlichen Untersuchung unterzieht, wer sich bei Vorliegen der in Paragraph 5, bezeichneten Voraussetzungen weigert, seine Atemluft auf Alkoholgehalt untersuchen oder sich vorführen zu lassen, oder sich bei Vorliegen der bezeichneten Voraussetzungen nicht der ärztlichen Untersuchung unterzieht,

3. c) Litera c

(Verfassungsbestimmung) wer sich bei Vorliegen der im § 5 bezeichneten Voraussetzungen weigert, sich Blut abnehmen zu lassen. (Verfassungsbestimmung) wer sich bei Vorliegen der im Paragraph 5, bezeichneten

Voraussetzungen weigert, sich Blut abnehmen zu lassen.

...“

IV.römisch vier.

Rechtliche Erwägungen:

Aufgrund der getroffenen Feststellungen steht fest, dass die Beschuldigte jedenfalls den objektiven Tatbestand der ihr zur Last gelegten Verwaltungsübertretung erfüllt hat.

Unter Zugrundelegung der Lenkereigenschaft der Beschwerdeführerin zum Tatzeitpunkt auf der öffentlichen Verkehrsfläche der B *** Adresse 4 im Gemeindegebiet von Z bei Straßenkilometer ** talauswärts, war daher davon auszugehen, dass sich die Probandin am 1.2.2022 um 15:53 Uhr in Z, Adresse 3 nach Aufforderung eines besonders geschulten Organes der Bundespolizei geweigert habe, sich zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen.

Im Fall eines „Ungehorsamsdeliktes“ – als welches sich auch die gegenständliche Verwaltungsübertretung darstellt – tritt somit insofern eine Verlagerung der Behauptungslast ein, als die Behörde lediglich die Verwirklichung des objektiven Tatbestandes zu beweisen hat, während es Sache des Täters ist, glaubhaft zu machen, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Dies ist der Beschuldigten jedoch – wie in der Beweiswürdigung ausführlich dargelegt – nicht gelungen.

Die Indizien, wonach die Beschwerdeführerin zumindest verdächtig war, sich in einem durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand zu befinden, wurden in der Anzeige der PI W vom 2.2.2022, in der Checkliste vom 1.2.2022 sowie im Rahmen der Einvernahme der beiden an der Amtshandlung beteiligten Polizeibeamten Insp. DD und GI EE anlässlich der mündlichen Verhandlung vom 5.7.2022 eingehend, schlüssig und widerspruchsfrei dargelegt und wurde die Verdachtslage auf eine durch einen ausgebildeten Rettungssanitäter festgestellte verzögerte, träge Pupillenreaktion und verengte Pupillen, wobei die Augen einen wässrig glänzenden Eindruck machten und einen Nystagmus nahelegten, begründet.

Der Meldungsleger als Organ der öffentlichen Aufsicht, der zuvor langjährig als Rettungssanitäter im Bezirk V tätig war, weist nach eigenem Bekunden einschlägige Erfahrungen im Umgang mit durch Suchtgift beeinträchtigten Personen auf und wurde zudem eingehend über die Kriterien im Umgang mit vermeintlich suchtgiftbeeinträchtigten Fahrzeuglenkern geschult. Es ist daher davon auszugehen, dass es sich hinsichtlich der vom Meldungsleger ins Treffen geführten Symptomatik, die zudem seitens seines Kollegen GI EE, der ebenso eine spezielle Suchtgiftausbildung bei der Polizei absolviert hat, vollinhaltlich geteilt wurde, in keinsten Weise um jene eines fachunkundigen Laien – wie in der Beschwerde sinngemäß ausgeführt - handelt. Schlussendlich wäre die Durchführung darüber hinausgehender Tests, wie der in der Beschwerde monierten notwendigen motorischen Tests in den Aufgabenbereich des Arztes gefallen, demgegenüber sich die Beschwerdeführerin verweigert hat. Der Meldungsleger als Organ der öffentlichen Aufsicht, der zuvor langjährig als Rettungssanitäter im Bezirk römisch fünf tätig war, weist nach eigenem Bekunden einschlägige Erfahrungen im Umgang mit durch Suchtgift beeinträchtigten Personen auf und wurde zudem eingehend über die Kriterien im Umgang mit vermeintlich suchtgiftbeeinträchtigten Fahrzeuglenkern geschult. Es ist daher davon auszugehen, dass es sich hinsichtlich der vom Meldungsleger ins Treffen geführten Symptomatik, die zudem seitens seines Kollegen GI EE, der ebenso eine spezielle Suchtgiftausbildung bei der Polizei absolviert hat, vollinhaltlich geteilt wurde, in keinsten Weise um jene eines fachunkundigen Laien – wie in der Beschwerde sinngemäß ausgeführt - handelt. Schlussendlich wäre die Durchführung darüber hinausgehender Tests, wie der in der Beschwerde monierten notwendigen motorischen Tests in den Aufgabenbereich des Arztes gefallen, demgegenüber sich die Beschwerdeführerin verweigert hat.

Wenn die Beschwerdeführerin im Rahmen der mündlichen Verhandlung vom 5.7.2022 weiters zu Protokoll gibt, dass sie im Fall einer Belehrung, dass es sich bei der ärztlichen Überprüfung um eine Fahrtauglichkeitsuntersuchung handle, natürlich zum Amtsarzt mitgekommen wäre, ist dies als reine Schutzbehauptung zu betrachten, zumal diese Verantwortung im diametralen Gegensatz zum sonstigen Verhalten der Beschwerdeführerin steht, wonach sie anlässlich ihrer Einvernahme vor dem Landesverwaltungsgericht Tirol selbst angab, dass sie davon ausging, dass sie nach Absolvierung des Drogentests am nächsten Tag „zack zack“ den Führerschein zurückerhalten werde.

Diese Einstellung spiegelt sich auch im Verhalten der Beschwerdeführerin den Polizisten gegenüber wieder, zumal sie dort sinngemäß angegeben hat, dass ihr die Beamten den Führerschein ruhig entziehen sollen und sie schon sehen werden, wer im Recht sei.

Zusammenfassend ist daher davon auszugehen, dass die Beschwerdeführerin die ihr zur Last gelegte Verwaltungsübertretung auch in subjektiver Weise verwirklicht hat.

V.römisch fünf.

Strafbemessung:

Nach § 19 Abs 1 VStG ist Grundlage für die Bemessung der Strafe die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat. Nach Paragraph 19, Absatz eins, VStG ist Grundlage für die Bemessung der Strafe die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat.

Nach § 19 Abs 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen. Nach Paragraph 19, Absatz 2, VStG sind im ordentlichen Verfahren überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die Paragraphen 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und allfällige Sorgepflichten des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Die Beeinträchtigung des geschützten Rechtsgutes ist als erheblich einzuschätzen. Die missachtete Bestimmung dient im hohen Ausmaß der Verkehrssicherheit. Die Beschwerdeführerin stand im Verdacht, beim Lenken eines Kraftfahrzeuges unter Suchtgifteinfluss gestanden zu sein; im Falle einer Beeinträchtigung wären ihre kraftfahrtspezifischen Fähigkeiten erheblich eingeschränkt und bestünde eine beträchtliche potenzielle Unfallgefahr.

Beim Verschulden war von auffallender Sorglosigkeit auszugehen.

Mildernd war nichts zu berücksichtigen, die Beschwerdeführerin weist zahlreiche – wenngleich nicht einschlägige – Strafvormerkungen auf.

Unter Berücksichtigung des gem § 99 Abs 1 lit b StVO im Gegenstandsfall zur Anwendung gelangenden Strafrahmens von Euro 1.600,-- bis Euro 5.900,--, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Wochen, erhellt, dass im Gegenstandsfall lediglich die Mindeststrafe verhängt wurde. Unter Berücksichtigung des gem Paragraph 99, Absatz eins, Litera b, StVO im Gegenstandsfall zur Anwendung gelangenden Strafrahmens von Euro 1.600,-- bis Euro 5.900,--, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Wochen, erhellt, dass im Gegenstandsfall lediglich die Mindeststrafe verhängt wurde.

Die Verhängung der von der belangten Behörde ausgesprochenen Geldstrafe in der Höhe von Euro 1.600,-- wäre daher selbst bei allenfalls unterdurchschnittlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen als schuld- und tatangemessen zu qualifizieren.

B) Bescheid der Bezirkshauptmannschaft X vom 1.4.2022, ZI ***, wegen Entziehung der Lenkberechtigung (LVwG-2022/31/1213); B) Bescheid der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn vom 1.4.2022, ZI ***, wegen Entziehung der Lenkberechtigung (LVwG-2022/31/1213):

I. Verfahrensgang: römisch eins. Verfahrensgang:

Mit Mandatsbescheid vom 3.2.2022, ZI ***, entzog die Bezirkshauptmannschaft X der Beschwerdeführerin die Lenkberechtigung der Klassen AM und B für einen Zeitraum von 6 Monaten, gerechnet ab 1.2.2022 (dem Tag der vorläufigen Abnahme des Führerscheins). Mit Mandatsbescheid vom 3.2.2022, ZI ***, entzog die Bezirkshauptmannschaft römisch zehn der Beschwerdeführerin die Lenkberechtigung der Klassen AM und B für einen Zeitraum von 6 Monaten, gerechnet ab 1.2.2022 (dem Tag der vorläufigen Abnahme des Führerscheins).

Als begleitende Maßnahme wurde die Teilnahme an einer Nachschulung, die vor Ablauf der Entziehungszeit zu absolvieren ist, sowie die Beibringung eines amtsärztlichen Gutachtens über die gesundheitliche Eignung samt einer verkehrspsychologischen Stellungnahme angeordnet.

Der fristgerecht dagegen erhobenen Vorstellung wurde mit dem nunmehr bekämpften Bescheid der Bezirkshauptmannschaft X vom 1.4.2022, ZI ***, keine Folge gegeben. Der fristgerecht dagegen erhobenen Vorstellung wurde mit dem nunmehr bekämpften Bescheid der Bezirkshauptmannschaft römisch zehn vom 1.4.2022, ZI ***, keine Folge gegeben.

Begründend wurde ausgeführt, dass sich AA am 1.2.2022 um 15:53 Uhr in **** Z, Adresse 3, nach Aufforderung eines besonderes geschulten Organes der Bundespolizei geweigert habe, sich zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen, wobei vermutet werden konnte, dass sie zuvor am 1.2.2022 gegen 15:48 Uhr ein näher angeführtes Kraftfahrzeug auf der B *** Adresse 4 bei Straßenkilometer ** in Fahrtrichtung talauswärts in einem vermutlich durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand gelenkt habe.

In der fristgerecht dagegen erhobenen Beschwerde wurde vorgebracht wie oben unter A)/I. ausgeführt und abschließend beantragt, den Entziehungsbescheid aufzuheben.

II. Rechtsgrundlagen:römisch zwei. Rechtsgrundlagen:

Im gegenständlichen Fall sind folgende Bestimmungen des Führerscheingesetz, BGBl I Nr 120/1997, idFBGBl I Nr 154/2021 (FSG), maßgeblich: Im gegenständlichen Fall sind folgende Bestimmungen des Führerscheingesetz, Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 120 aus 1997,, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 154 aus 2021, (FSG), maßgeblich:

„§ 7

Verkehrszuverlässigkeit

(1) Als verkehrszuverlässig gilt eine Person, wenn nicht auf Grund erwiesener bestimmter Tatsachen (Abs. 3) und ihrer Wertung (Abs. 4) angenommen werden muss, dass sie wegen ihrer Sinnesart beim Lenken von Kraftfahrzeugen (1) Als verkehrszuverlässig gilt eine Person, wenn nicht auf Grund erwiesener bestimmter Tatsachen (Absatz 3,) und ihrer Wertung (Absatz 4,) angenommen werden muss, dass sie wegen ihrer Sinnesart beim Lenken von Kraftfahrzeugen

1. 1.Ziffer eins

die Verkehrssicherheit insbesondere durch rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr oder durch Trunkenheit oder einen durch Suchtmittel oder durch Medikamente beeinträchtigten Zustand gefährden wird, oder

2. 2.Ziffer 2

sich wegen der erleichternden Umstände, die beim Lenken von Kraftfahrzeugen gegeben sind, sonstiger schwerer strafbarer Handlungen schuldig machen wird.

...

1. (3) Absatz 3, Als bestimmte Tatsache im Sinn des Abs. 1 hat insbesondere zu gelten, wenn jemand Als bestimmte Tatsache im Sinn des Absatz eins, hat insbesondere zu gelten, wenn jemand:

1. 1.Ziffer eins

ein Kraftfahrzeug gelenkt oder in Betrieb genommen und hierbei eine Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 bis 1b StVO 1960 begangen hat, auch wenn die Tat nach § 83 Sicherheitspolizeigesetz – SPG, BGBl. Nr. 566/1991, zu beurteilen ist; ein Kraftfahrzeug gelenkt oder in Betrieb genommen und hierbei eine Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins bis eins b StVO 1960 begangen hat, auch wenn die Tat nach Paragraph 83, Sicherheitspolizeigesetz – SPG, Bundesgesetzblatt Nr. 566 aus 1991,, zu beurteilen ist;

...

§ 24 Paragraph 24,

Allgemeines

(1) Besitzern einer Lenkberechtigung, bei denen die Voraussetzungen für die Erteilung der Lenkberechtigung (§ 3 Abs. 1 Z 2 bis 4) nicht mehr gegeben sind, ist von der Behörde entsprechend den Erfordernissen der

Verkehrssicherheit(1) Besitzern einer Lenkberechtigung, bei denen die Voraussetzungen für die Erteilung der Lenkberechtigung (Paragraph 3, Absatz eins, Ziffer 2 bis 4) nicht mehr gegeben sind, ist von der Behörde entsprechend den Erfordernissen der Verkehrssicherheit

1. 1.Ziffer eins
die Lenkberechtigung zu entziehen oder
2. 2.Ziffer 2
die Gültigkeit der Lenkberechtigung durch Auflagen, Befristungen oder zeitliche, örtliche oder sachliche Beschränkungen einzuschränken. Diesfalls ist gemäß § 13 Abs. 5 ein neuer Führerschein auszustellen.die Gültigkeit der Lenkberechtigung durch Auflagen, Befristungen oder zeitliche, örtliche oder sachliche Beschränkungen einzuschränken. Diesfalls ist gemäß Paragraph 13, Absatz 5, ein neuer Führerschein auszustellen.

Für den Zeitraum einer Entziehung der Lenkberechtigung für die Klassen A1, A2, A, B oder F ist auch das Lenken von vierrädrigen Leichtkraftfahrzeugen unzulässig, es sei denn es handelt sich

1. 1.Ziffer eins
um eine Entziehung gemäß § 24 Abs. 3 achter Satz oderum eine Entziehung gemäß Paragraph 24, Absatz 3, achter Satz oder
2. 2.Ziffer 2
um eine Entziehung der Klasse A mangels gesundheitlicher Eignung, die ausschließlich mit dem Lenken von einspurigen Kraftfahrzeugen zusammenhängt.

Bei besonders berücksichtigungswürdigen Gründen kann von der Entziehung der Klasse AM hinsichtlich der Berechtigung zum Lenken von Motorfahrrädern abgesehen werden. Dies ist auch dann möglich, wenn der Betreffende die Lenkberechtigung für die Klasse AM nur im Wege des § 2 Abs. 3 Z 7 besitzt.Bei besonders berücksichtigungswürdigen Gründen kann von der Entziehung der Klasse AM hinsichtlich der Berechtigung zum Lenken von Motorfahrrädern abgesehen werden. Dies ist auch dann möglich, wenn der Betreffende die Lenkberechtigung für die Klasse AM nur im Wege des Paragraph 2, Absatz 3, Ziffer 7, besitzt.

...

1. (3)Absatz 3,Bei der Entziehung oder Einschränkung der Lenkberechtigung kann die Behörde begleitende Maßnahmen (Nachschulung und dgl.) oder die Beibringung eines amtsärztlichen Gutachtens über die gesundheitliche Eignung anordnen. Die Behörde hat unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 3a eine Nachschulung anzuordnen:Bei der Entziehung oder Einschränkung der Lenkberechtigung kann die Behörde begleitende Maßnahmen (Nachschulung und dgl.) oder die Beibringung eines amtsärztlichen Gutachtens über die gesundheitliche Eignung anordnen. Die Behörde hat unbeschadet der Bestimmungen des Absatz 3 a, eine Nachschulung anzuordnen:
 1. 1.Ziffer eins
wenn die Entziehung in der Probezeit (§ 4) erfolgt,wenn die Entziehung in der Probezeit (Paragraph 4,) erfolgt,
 2. 1a.Ziffer eins a
wegen einer in § 7 Abs. 3 Z 3 genannten Übertretung,wegen einer in Paragraph 7, Absatz 3, Ziffer 3, genannten Übertretung,
 3. 2.Ziffer 2
wegen einer zweiten in § 7 Abs. 3 Z 4 genannten Übertretung innerhalb von vier Jahren oderwegen einer zweiten in Paragraph 7, Absatz 3, Ziffer 4, genannten Übertretung innerhalb von vier Jahren oder
 4. 3.Ziffer 3
wegen einer Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 oder 1a StVO 1960,wegen einer Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins, oder 1a StVO 1960.

Die Behörde hat unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 3a und sofern es sich nicht um einen Probeführerscheinbesitzer handelt, bei der erstmaligen Übertretung gemäß § 99 Abs. 1b StVO 1960 ein Verkehrscoaching zur Bewusstmachung der besonderen Gefahren des Lenkens von Kraftfahrzeugen unter Alkoholeinfluss oder Suchtgiftbeeinträchtigung und dessen Folgen, bei Begehung einer Übertretung gemäß § 99 Abs. 1b StVO 1960 innerhalb von fünf Jahren ab der Begehung einer Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 bis 1b

StVO 1960 jedoch eine Nachschulung anzuordnen. Im Rahmen des amtsärztlichen Gutachtens kann die Beibringung der erforderlichen fachärztlichen oder einer verkehrspsychologischen Stellungnahme aufgetragen werden. Bei einer zweiten oder weiteren innerhalb von vier Jahren begangenen Übertretung gemäß § 7 Abs. 3 Z 3 oder einer (auch erstmaligen) Übertretung gemäß § 99 Abs. 1 StVO 1960 ist unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 3a zusätzlich die Beibringung eines von einem Amtsarzt erstellten Gutachtens über die gesundheitliche Eignung gemäß § 8 sowie die Beibringung einer verkehrspsychologischen Stellungnahme anzuordnen; Die Behörde hat unbeschadet der Bestimmungen des Absatz 3 a und sofern es sich nicht um einen Probeführerscheinbesitzer handelt, bei der erstmaligen Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins b, StVO 1960 ein Verkehrscoaching zur Bewusstmachung der besonderen Gefahren des Lenkens von Kraftfahrzeugen unter Alkoholeinfluss oder Suchtgiftbeeinträchtigung und dessen Folgen, bei Begehung einer Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins b, StVO 1960 innerhalb von fünf Jahren ab der Begehung einer Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins, bis 1b StVO 1960 jedoch eine Nachschulung anzuordnen. Im Rahmen des amtsärztlichen Gutachtens kann die Beibringung der erforderlichen fachärztlichen oder einer verkehrspsychologischen Stellungnahme aufgetragen werden. Bei einer zweiten oder weiteren innerhalb von vier Jahren begangenen Übertretung gemäß Paragraph 7, Absatz 3, Ziffer 3, oder einer (auch erstmaligen) Übertretung gemäß Paragraph 99, Absatz eins, StVO 1960 ist unbeschadet der Bestimmungen des Absatz 3 a, zusätzlich die Beibringung eines von einem Amtsarzt erstellten Gutachtens über die gesundheitliche Eignung gemäß Paragraph 8, sowie die Beibringung einer verkehrspsychologischen Stellungnahme anzuordnen;

...

§ 26 Paragraph 26,

Sonderfälle der Entziehung

...

(2) Wird beim Lenken oder Inbetriebnehmen eines Kraftfahrzeuges

1. 1. Ziffer eins

erstmalig ein Delikt gemäß § 99 Abs. 1 StVO 1960 begangen, so ist die Lenkberechtigung auf die Dauer von mindestens sechs Monaten zu entziehen, erstmalig ein Delikt gemäß Paragraph 99, Absatz eins, StVO 1960 begangen, so ist die Lenkberechtigung auf die Dauer von mindestens sechs Monaten zu entziehen,

...“

III. Rechtliche Beurteilung: römisch drei. Rechtliche Beurteilung:

Vorauszuschicken ist, dass die Behörden nach dem Führerscheingesetz (§ 25 FSG) an rechtskräftige Entscheidungen der Strafbehörden gebunden sind (vgl. etwa VwGH 24.9.2015, Ra 2015/02/0132). Vorauszuschicken ist, dass die Behörden nach dem Führerscheingesetz (Paragraph 25, FSG) an rechtskräftige Entscheidungen der Strafbehörden gebunden sind vergleiche etwa VwGH 24.9.2015, Ra 2015/02/0132).

Aufgrund dieser Bindungswirkung, die auch zwischen Verwaltungsgerichten und Behörden gilt, ist gegenständlich davon auszugehen, dass die Beschwerdeführerin das Kraftfahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen *** am 1.2.2022 um 15:48 Uhr im Gemeindegebiet von Z auf der B *** Adresse 4 bei Straßenkilometer ** talauswärts in einem vermutlich durch Suchtgift beeinträchtigten Zustand gelenkt hat und sich hiernach am 1.2.2022 um 15:53 Uhr in **** Z, Adresse 3 nach Aufforderung eines besonderes geschulten Organes der Bundespolizei verweigert habe, sich zum Zweck der Feststellung des Grades der Beeinträchtigung durch Suchtgift zu einem im öffentlichen Sanitätsdienst stehenden Arzt vorführen zu lassen.

Es ist daher von der Verwirklichung einer bestimmten Tatsache im Sinn des § 7 Abs 3 Z 1 FSG – konkret einer Übertretung gem § 99 Abs 1 lit b StVO – auszugehen. Es ist daher von der Verwirklichung einer bestimmten Tatsache im Sinn des Paragraph 7, Absatz 3, Ziffer eins, FSG – konkret einer Übertretung gem Paragraph 99, Absatz eins, Litera b, StVO – auszugehen.

Hinsichtlich der Bemessung der Entziehungsdauer war zu berücksichtigen, dass die Mindestentziehungsdauer in der gegenständlichen Fallkonstellation gem § 26 Abs 2 Z 1 FSG sechs Monate beträgt, und ebendiese Mindestentziehungsdauer seitens der belangten Behörde verhängt wurde. Hinsichtlich der Bemessung der

Entziehungsdauer war zu berücksichtigen, dass die Mindestentziehungsdauer in der gegenständlichen Fallkonstellation gem Paragraph 26, Absatz 2, Ziffer eins, FSG sechs Monate beträgt, und ebendiese Mindestentziehungsdauer seitens der belangten Behörde verhängt wurde.

Die Anordnung einer Nachschulung als begleitende Maßnahme erfolgte in dieser Fallkonstellation gemäß 24 Abs 3 Z 3 FSG ebenso obligatorisch wie die Anordnung eines amtsärztlichen Gutachtens über die gesundheitliche Eignung samt verkehrspsychologischer Stellungnahme. Die Anordnung einer Nachschulung als begleitende Maßnahme erfolgte in dieser Fallkonstellation gem Paragraph 24, Absatz 3, Ziffer 3, FSG ebenso obligatorisch wie die Anordnung eines amtsärztlichen Gutachtens über die gesundheitliche Eignung samt verkehrspsychologischer Stellungnahme.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

IV. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:römisch vier. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist hinsichtlich beider Beschwerdeverfahren unzulässig, da keine Rechtsfrage iSd Art 133 Abs 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die ordentliche Revision ist hinsichtlich beider Beschwerdeverfahren unzulässig, da keine Rechtsfrage iSd Artikel 133, Absatz 4, B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt.

Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes.

Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen sechs Wochen ab der Zustellung Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, Freyung 8, 1010 Wien, oder außerordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist direkt bei diesem, die außerordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof ist beim Landesverwaltungsgericht Tirol einzubringen.

Die genannten Rechtsmittel sind von einem bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw einer bevollmächtigten Rechtsanwältin abzufassen und einzubringen und es ist eine Eingabegebühr von Euro 240,00 zu entrichten.

Es besteht die Möglichkeit, für das Beschwerdeverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof und für das Revisionsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof Verfahrenshilfe zu beantragen. Verfahrenshilfe ist zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten bzw wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von der Partei noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Der Antrag auf Verfahrenshilfe ist innerhalb der oben angeführten Frist für das Beschwerdeverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof beim Verfassungsgerichtshof und für das Revisionsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag an den Verwaltungsgerichtshof ist, soweit dies dem Antragsteller zumutbar ist, kurz zu begründen, warum entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes die Revision für zulässig erachtet wird.

Zudem besteht die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden können.

Hinweis:

Rechtskräftig verhängte Geldstrafen (sowie Verfahrenskostenbeiträge) sind bei der Behörde einzubezahlen (vgl§ 54b Abs 1 VStG).Rechtskräftig verhängte Geldstrafen (sowie Verfahrenskostenbeiträge) sind bei der Behörde einzubezahlen vergleiche Paragraph 54 b, Absatz eins, VStG).

Landesverwaltungsgericht Tirol

Mag. Hengl

(Richter)

Schlagworte

Suchtmittelbeeinträchtigung

freiwilliger Harntest

Nystagmus

Weigerung

amtsärztliche Untersuchung

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:LVWGTI:2022:LVwG.2022.31.1212.3.und.1213.3

Zuletzt aktualisiert am

23.08.2022

Quelle: Landesverwaltungsgericht Tirol LVwg Tirol, <https://www.lvwg-tirol.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at